

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Druck & Verlag, Dresden, Postfach 110, 1932

Verleger: Druck & Verlag, Dresden, Postfach 110, 1932

Verleger: Druck & Verlag, Dresden, Postfach 110, 1932

Die Agrarhilfe vom Kabinett verabschiedet

Die Agrarhilfe vom Kabinett verabschiedet

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Sept. Das Reichskabinett hat heute seine Beratungen über die landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen in einer mehrstündigen Sitzung zum Abschluss gebracht.

Sodann befahl sich das Kabinett heute auch mit den Vorladungen, die der Ueberwachungsaußschuß des Reichstages an den Reichsfinanzminister v. Papen, den Reichsinnenminister v. Gumbel, den Reichsaußenminister v. Neurath und den Staatssekretär Dr. Pland gerichtet ist.

Man hat sich innerhalb des Kabinetts dahin geeinigt, daß die geladenen Herren der Jugendladung, zu der sie auf Grund der Reichsverfassung verpflichtet sind, am Dienstag Folge leisten werden.

Jedoch werden sich die Kabinettsmitglieder — der zur Zeit im Gange befindliche Reichsaussenminister wird im Hinblick auf die dort zu führenden Verhandlungen nicht erscheinen können — darauf beschränken, ihre Aussagen über die Vorgänge in der Reichstagsdebatte vom 12. September zu machen.

In allen politischen Kreisen lebhaftes Aufsehen erregt, da sie im Gegenzug nicht zu den noch gelehrt abgegebenen Verhandlungen, daß die Regierung nicht daran denke, vor dem Ausschuss zu erscheinen. Ueber die Gründe, die die Regierung zu diesem Stellungswechsel

veranlaßt haben, liegen keinerlei authentisch zuverlässige Mitteilungen vor. Man ist hier zunächst auf die verschiedenen Gerüchte angewiesen, deren Richtigkeit sich zwar nicht nachprüfen läßt. So wird gesagt, daß die Regierung mit der nun eingenommenen Haltung eine neue zur Verfohung stimmende Geste gegenüber den Nationalsozialisten machen wolle.

Der Reichsfinanzminister hat bereits im Laufe des Freitagabend seine angekündigte Reise nach Ostpreußen angetreten, um zunächst in Gumbinnen sich an einer Grenzbesichtigung zu beteiligen und dann am Sonntag in Königsberg die angekündigte Rede zu halten, die mit den Ausführungen des Reichsernährungsministers in München eine starke Parallele aufweisen dürfte.

Das Ergebnis von Stresa

Sonderbericht unseres Korrespondenten

Die 150 Delegierten aus den 15 europäischen Staaten, die hier in Stresa 14 Tage lang eifrig über die Maßnahmen beraten haben, wie man den notleidenden mittel- und südeuropäischen Ländern helfen und den chaotischen Zustand der Handelsbeziehungen beseitigen könnte, haben nicht nur in dem wohltemperierten Wasser des Lago Maggiore gebadet, nicht nur entzückende Dampferfahrten mit Musikbegleitung unternommen, sich auf den Monte Mattaroni 1000 Meter hoch hinaufgelassen und die hängenden Gärten auf den Vittorischen Inseln unversehrt gemacht, sondern sie haben auch hinter den sorgsam herabgelassenen Jalousien des Konferenzsaales im prunkvollen Regina-Palace-Hotel im Schweiße ihres Angesichts täglich tausende viele Stunden zusammengesehnt, um eine einigende Rauberformel zu finden.

Das war natürlich unfruchtbar und zeugte von einer akademischen Einschätzung der in Stresa gestellten Aufgaben, um so mehr, als die auf der Warschauer Agrarkonferenz deutlichutage getretene Verschärfung der Fronten zwischen den agrarischen Ausfuhr- und Einfuhrstaaten und zwischen den Schuldner- und Gläubigerländern Fragen von entscheidender Tragweite aktuell werden ließ, für deren Lösung die derzeitige Situation ganz offensichtlich noch nicht genügend reif erscheint.

Immerhin war Stresa insofern bedeutungsvoll, als sich hier erstmals eine wirtschaftliche Ausgangslösung erkennen ließ, von der aus Schrittweise an die Sanierung der Staaten im Donauraum herangegangen werden kann und die, nach allen bisher schlaechelangen Versuchen einer größeren Lösung donaudisparatistischer Präzedenz, den betroffenen Staaten die bislang hart eingeschränkte Handlungsfreiheit in der Gestaltung der Wirtschaftspolitik wiederaugeben geeignet ist.

Die südlichen Agrarstaaten, also Ungarn, Rumänien, Südserbien und auch Bulgarien, sollen demnach für einen besonderen Fond von denjenigen Staaten, die ihren Getreideüberschuss aufnehmen, für jeden Doppel-, also Meterzentner

Sir John Simon beim Reichsaussenminister

Die Aussprache beginnt

Genf, 23. Sept. In internationalen Kreisen wurde am Freitagabend viel bemerkt, daß Außenminister Simon bereits am ersten Tage der Ratstagung die Initiative ergriffen hat, um eine persönliche Unterredung mit dem deutschen Außenminister herbeizuführen.

Simon begab sich um 18.00 Uhr ins Hotel Carlton, den Sitz der deutschen Abordnung. Die Unterredung fand ohne Zeugen statt und dauerte nahezu zwei Stunden. Ueber den Verlauf der Unterredung wird von zuverlässiger deutscher Stelle folgendes mitgeteilt:

Im Verlaufe der Unterredung ist zwischen dem deutschen und dem englischen Außenminister eingehend die gesamte Abklärungfrage nach jeder Richtung hin besprochen worden. Jedoch sind in dieser Unterredung weder von der einen noch von der anderen Seite irgendwelche Vorschläge gemacht worden. Weitere Zusammenkünfte sind nicht vereinbart worden.

Aus dieser kurzen Mitteilung wird in unterrichteten Kreisen übereinstimmend geschlossen, daß sich eine Wendung der Lage zu der deutschen Gleichberechtigungsforderung im Verlaufe dieser Unterredung nicht ergeben hat. Man nimmt an, daß die Verhandlung der Gleichberechtigungsforderung durch den englischen Außenminister von deutscher Seite nicht als unüberwindlich angesehen worden ist. Aus diesem Grunde dürften wohl auch zunächst keine weiteren Vereinbarungen verhandelt worden sein.

Keine neuen deutschen Schritte

Genf, 23. Sept. Gegenüber den in ausländischen Kreisen verbreiteten Gerüchten, daß selbst Deutschland neue Schritte in der Gleichberechtigungsforderung unternommen und worden seien, ist festzustellen, daß an diesen Gerüchten und Meinungen kein wahres Wort ist. Seit den letzten Rundgebungen und Mitteilungen der Reichsregierung ist in der deutschen Haltung zur Gleichberechtigungsforderung keine Änderung eingetreten. Die Forderung unserer Forderung nach Gleichberechtigung bleibt die Voraussetzung für die Wiederaufnahme unserer Mitarbeit an der Abrüstungskonferenz. Da wir uns an der Abrüstungskonferenz nicht beteiligen, erbringt es sich auch für Deutschland, zu der im Vetro entstehenden Kontroverse über die Selbständigkeit dieses Organes für die Behandlung der Gleich-

berechtigungsfrage Stellung zu nehmen. Der Reichsaussenminister beschäftigt, zunächst nur kürzere Zeit in Genf zu bleiben.

Mussolini billigt den deutschen Standpunkt

Paris, 23. Sept. Mussolini hat ein Mitglied der Redaktion der radikalen Zeitung „Republique“ empfangen und sich über die französisch-italienischen Beziehungen ausgesprochen. Im Verlaufe der Unterredung wurde auch die Abklärungsforderung berührt. Mussolini erklärte hier die Abklärungsforderung, wenn man die Wiederaufnahme Deutschlands in die Kategorie der Verbündeten der Alliierten hierher vermeiden wolle, so gebe es nur ein Mittel hierfür, nämlich die Herabsetzung der Rüstungen.

Ueber die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Italien und Frankreich sagte Mussolini: Ich glaube, daß die Fragen, die uns trennen, nicht unlösbar sind. Allerdings ist die Adriapolitik eine wichtige Angelegenheit für uns, und ich glaube, daß das französische Bündnis mit Süditalien die Erleichterung nicht erleichtert hat. Aber wir wollen lieber suchen, wie wir uns einigen können.

In demselben Sinne äußert sich heute Ganda in einem Vortragsstück des „Giornale d'Italia“. Gerade im Hinblick auf den Frieden und eine herliche internationale Zusammenarbeit werde das Recht Deutschlands für alle anderen Länder zu einer Pflicht. Sie zu vernachlässigen, bedeute so viel, wie gegen den Fortschritt und die Ordnung Europas zu arbeiten.

Sogar Eubenhove für Gleichberechtigung

Berlin, 23. Sept. Graf Eubenhove-Katzenberg, der Präsident der Paneuropäischen Union, hat an den französischen Ministerpräsidenten Herriot einen offenen Brief gerichtet, in dem er zu der Neuherauf der Herrschaft über die deutsche Gleichberechtigungsforderung: „Nein, Niemals, Nichts“ erklärt, daß er sich mit ihr nicht einverstanden erklären könne. Jede europäische Versöhnung werde unmöglich, so führte er u. a. aus, solange sich Frankreich dem elementaren Grundsatz der Gleichberechtigung widersetze.

Vier Personen vom Bild erschlagen. Am Freitagabend ging ein schweres Gewitter über der Sadeifel und der Umgebung von Wittlich nieder. Ein Bild schlug in einen Baum und tötete vier darunter stehende Personen.

Financial market data table with columns for various securities and their values.